

“Regenfälle wie noch nie”

Moctar Nalosso ist aktiv beim Alarm Phone Sahara in Agadez und berichtet über die jüngsten Überschwemmungen in Niger.

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, das uns alle betrifft. Dieses Jahr hatten wir im Niger so starke Regenfälle und Überschwemmungen wie noch nie. Seit ich auf der Welt bin, habe ich ein solches Ausmaß an Verwüstung noch nicht erlebt. Nahezu alle Regionen im Niger sind von der Katastrophe betroffen und haben mit den Folgen der Überschwemmungen zu kämpfen. Menschen haben ihr Leben verloren, Häuser und Felder sind zerstört. Es ist wirklich ein totales Chaos. Denn auch die Hauptverkehrsrouten sind von den Überschwemmungen betroffen. Das heißt, die Menschen haben große Schwierigkeiten sich fortzubewegen. Ich selbst musste von Agadez eine Umfahrung der kaputten Straßen nehmen, um nach Niamey zu kommen und damit zusätzliche 800 Kilometer Umweg fahren. Der Regen hat die Straßen in die Hauptstadt zerstört. Am 1. Oktober hätte eigentlich für die Kinder im Niger die Schule beginnen sollen. Der Schulstart musste für den Großteil der Kinder verschoben werden. Denn die Schulklassen sind voll von Menschen, die ihre Häuser verloren haben. Sie sind obdachlos geworden. Der Regen hat ihre Häuser zerstört, und sie wurden in Schulklassen und in Zelten auf den Schulhöfen untergebracht. Aus diesem Grund können die Kinder aktuell nicht in die Schule gehen. Was wir bereits in den letzten Jahren gesehen haben, ist eine interne Fluchtbewegung in Niger. Die Menschen kommen aus den Dörfern nach Agadez, weil sie ihre Felder nicht mehr bestellen können. Die Felder haben schon vorher kaum Ertrag mehr abgeworfen. Auch das ist eine Veränderung, die wir wegen des Klimawandels beobachten können. Aber dieses Jahr kommt hinzu, dass alles, was sie angesät haben, von den enormen Regenfällen zerstört wurde. Wir werden in Zukunft noch mehr Menschen haben, die nach Agadez kommen, weil ihre Felder durch Überschwemmungen verwüstet werden. Es handelt sich um eine Katastrophe, die etwa 60 Prozent der Bevölkerung direkt betrifft. Und wenn du nicht selbst davon betroffen bist, dann kennst du irgendjemanden aus deiner Familie, der im Dorf lebt und betroffen ist. Daher sind wir irgendwie alle davon betroffen! ◀

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! → Seite 4



Seit 2014 nimmt die Hotline "Alarm Phone" Notrufe von Flüchtlingsbooten entgegen und informiert Küstenwache und (Rettungs-)Schiffe über die Position der Boote (► S. 2). Anlässlich seines 10-jährigen Jubiläums trafen sich 160 Aktive des Alarm Phone in Dakar/Senegal – auch um mit Angehörigen vermisster und verstorbener Migrant:innen gemeinsam zu trauern. [Foto: Hannah Kentouché]

Migrationspolitische Debatte entgiften

Öffnung statt Abschottung. Programmatische Vorschläge von Afrique-Europe-Interact

Bereits im vergangenen Jahr sind wir an gleicher Stelle auf den aberwitzig anmutenden Umstand eingegangen, dass in Deutschland knapp die Hälfte der Bevölkerung Zuwanderung für das wichtigste politische Problem hält. Aberwitzig deshalb, weil steigende Migrationszahlen in erster Linie Symptome einer aus den Fugen geratenen Weltordnung sind, ganz zu schweigen davon, dass Mobilität seit jeher zur Geschichte der Menschheit gehört. Mittlerweile hat sich die Lage sogar zugespitzt: Vor allem in westlichen Ländern erweist sich Migration zunehmend als einer der ausschlaggebenden Faktoren bei Wahlen – nicht selten im Zusammenhang mit Inflation.

Umso dringlicher ist es, in der öffentlichen Debatte den zahlreichen Falschbehauptungen in puncto Migration entgegenzutreten – dies auch deshalb, weil die Dämonisierung von Migration zu immer brutaleren Abschottungsmaßnahmen führt: Etwa wenn tunesische und algerische Sicherheitskräfte Menschen mitten in die Wüste abschieben (► S. 2), wenn die libysche Küstenwache Boote auf dem Mittelmeer zum Kentern bringt oder wenn polnische Polizist:innen in moorigen Wäldern an der Grenze zu Belarus Jagd auf Migrant:innen machen. Drei solcher Falschbehauptungen mögen stellvertretend illustrieren, was gemeint ist:

Abschottung als Sackgasse: Die seit Mitte der 1990er Jahre systematisch erfolgte Verschärfung des EU-Grenzregimes hat keineswegs zu einem kontinuierlichen Rückgang der neu gestellten Asylanträge geführt. So wurden 1992 in Europa 672.000 Asylanträge registriert, 2006 waren es nur noch 197.500, 2015 kletterten die Zahlen auf 1,32 Mio., 2020 sanken sie auf 472.000 und 2022 wiederum war ein Anstieg auf 962.160 zu

verzeichnen – neben 8 Mio. Menschen aus der Ukraine, die ohne Asylverfahren aufgenommen wurden. Die Pendelbewegungen zeigen, dass nicht die Höhe der Zäune über das Migrations- bzw. Fluchtgeschehen in Europa bestimmen, sondern die konkreten Krisenherde dieser Welt. Das ist auch gut anhand der neun Länder nachvollziehbar, aus denen zwischen Januar und Oktober 2024 rund 75 Prozent aller 217.780 Asylantragsteller:innen in Deutschland stammten – nämlich Syrien (68.842), Afghanistan, Türkei, Irak, Somalia, Iran, Russland, Kolumbien und Eritrea (2.786). Mit anderen Worten: Abschottung kann zwar die Migration länger, teurer und gefährlicher machen, sie kann auch zu einem vorübergehenden Rückgang der Ankunftszahlen führen. Sie kann aber nicht – wie die letzten 30 Jahre zeigen – den Willen der Menschen brechen, sich auf die Suche nach besseren, friedlicheren und sichereren Lebensbedingungen zu machen.

Migration als kollektive Praxis: Es ist hochgradig irreführend, Migrant:innen in politischen Debatten aus ihren sozialen Bezügen herauslösen zu wollen, etwa um junge Männer aus afrikanischen Ländern wie Marokko, Guinea oder Nigeria als kriminelle Vagabunden zu brandmarken. Denn die große Mehrheit der Migrant:innen hat ihre Angehörigen fest im Blick, wie auch Vertreter:innen der Familien der Vermissten bei einer von uns unterstützten Gedenkveranstaltung im Oktober 2024 in der senegalesischen Hauptstadt Dakar betonten (► Foto oben + Infobox S. 2). Entsprechend zeigt eine 2019 veröffentlichte UN-Studie mit über 3.000 ursprünglich per Boot in Europa gelandeten Migrant:innen aus Afrika, dass 78 Prozent derer, die

regelmäßig Geld verdienen, ungefähr ein Drittel ihres Verdienstes nach Hause überweisen – rund 300 Euro monatlich. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil es den Schikanecharakter der Bezahlkarte für Asylsuchende bloßlegt – jenes Vorenthalten von Geld, das weder abschreckt noch Migrant:innen davon abbringt, ihre Familien finanziell zu unterstützen.

Menschenrechtsverletzungen als Bumerang: Ein weiterer Irrtum lautet, dass der Kampf gegen sogenannte irreguläre Migration im Interesse Europas unverzichtbar sei. Verkannt wird, dass die europäischen Gesellschaften so schleichend an die Akzeptanz von Gewalt und Ausschluss gewöhnt werden und immer weiter nach rechts rutschen. Ein Bumerang-Effekt auf den schon der antikoniale Schrittsteller Aimé Césaire in seinem berühmten, 1950 veröffentlichten Essay "Über den Kolonialismus" hingewiesen hat: "Man müsste zunächst einmal untersuchen, wie die Kolonisation darauf hinarbeitet, den Kolonisator zu entzivilisieren, ihn [...] zu verrohen, ihn zu entwürdigen [...]."

Mit anderen Worten: Die migrationspolitische Debatte muss dringend entgiftet werden. Von unserer Seite sind es vor allem vier Vorschläge, die wir anlässlich der Bundestagswahlen im Februar zur Debatte stellen möchten: **Erstens** gilt es, Fluchtursachen ernsthaft (sic) zu bekämpfen, so eng die Spielräume unter den gegebenen (kapitalistischen) Bedingungen sein mögen (► S. 3 + 4). Das führt erfahrungsgemäß nicht zu weniger, sondern mehr Migration – weil sich hierdurch mehr Menschen die erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen aneignen, um eine Fernmigration um-

zusetzen. Aber es nimmt Druck aus dem Kessel und erhöht die Bereitschaft, sich auf reguläre Zuwanderungsverfahren einzulassen. **Zweitens** sind die Lebensbedingungen von Geflüchteten in ihren jeweiligen Nachbarländern zu verbessern, also dort, wo sie oft als erstes Zuflucht suchen. Denn viele Geflüchtete ziehen einzig deshalb weiter, weil sich das entsprechende Leben als unerträglich entpuppt – so, wie das 2015/2016 bei vielen Syrer:innen der Fall gewesen ist. **Drittens** muss für die, die wegen Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, robuster Schutz gewährt werden (Stichwort: Fluchtwege öffnen). Eine Verpflichtung, die auch bedeutet, den Kommunen die hierfür erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen – was seinerseits einen fundamentalen Kurswechsel in der Steuerpolitik erfordert. **Viertens** sollte denen, die aus materieller und sozialer Perspektivlosigkeit aufbrechen, was unter anderem auf junge Menschen in West- und Nordafrika zutrifft, in substanziellem Umfang Angebote zu regulärer Migration nach Europa gemacht werden. Das wäre aus europäischer Perspektive eine Antwort auf die demografische Lücke, wonach allein Deutschland auf eine jährliche Netto-Zuwanderung von mindestens 250.000 Menschen angewiesen ist. Umgekehrt würde dies gut zur zirkulären Migration passen, die in vielen afrikanischen Gesellschaften kulturell und sozial tief verankert ist. Danach ist Migration zwar eine Überlebensstrategie, aber eine, die positiv aufgeladen ist und die darauf abzielt, vom ersten Tag der Migration an – wie ein malisches Sprichwort besagt – die Rückkehr vorzubereiten. Junge Leute würden also für 5 bis 10 Jahre nach Europa kommen (manche auch für immer), dann aber mit dem erworbenen Wissen und den angesparten Geldern in ihr Herkunftsland zurückkehren und auf diese Weise zu einer selbstbestimmten Entwicklung von unten beitragen. ◀

Zirkuläre Migration als positiv aufgeladene Strategie

»Alles zerstört«

Alltäglicher Überlebenskampf in Tunis

Marie Victoire stammt aus Kamerun und lebt mit ihrer Familie seit 2023 in einer Wohnung, die Afrique-Europe-Interact zur Unterstützung subsaharischer Migrantinnen in Tunis angemietet hat.

Wie ist eure Situation in der Wohnung?

Gerade bin ich mit meiner Mutter und meinen drei Kindern alleine. Häufig nehmen wir jedoch andere subsaharische Migrant:innen von der Straße auf, meistens Frauen mit ihren Kindern. Zuletzt haben wir die Wohnung mit einer schwangeren Frau und ihrer Familie für fast zwei Wochen geteilt.

Seit wann lebst du mit deiner Familie in Tunis?

Vor vier Jahren bin ich hier angekommen. Nachdem ich Kamerun verlassen hatte, hielt ich mich zuvor in Marokko und Algerien auf. In Tunis habe ich dann einen kleinen Friseursalon eröffnet. Mit den Einnahmen aus dem Geschäft habe ich unser Leben finanziert. Wir haben uns mit der Familie durchgekämpft.

Welchen Einfluss auf eure Lebenssituation hatte die rassistische Rede des tunesischen Präsidenten Kais Saïed im Februar 2023, in der er gegen subsaharische Migrant:innen hetzte?

Nach der Rede bin ich zunächst eine Woche nicht herausgegangen. Es war wirklich schwierig. Wir waren zu Hause eingeschlossen. Wir haben uns über verschiedene Chatgruppen organisiert und ein paar NGOs haben uns Essen vorbeigebracht. Als ich dann nach einer Woche zu meinem Laden zurückkehrte, war alles zerstört worden. Sie waren eingebrochen und hatten alles mitgenommen. Niemand aus den benachbarten Geschäften wollte etwas gesehen haben. Ich bekam in der Zeit auch Drohungen am Telefon und wurde körperlich auf der Straße angegriffen, sodass ich ins Krankenhaus musste. Auch andere subsaharische Frauen wurden angegriffen, viele mussten ihre Wohnungen verlassen und landeten auf der Straße. Nachdem ich den Salon verloren hatte, war ich gezwungen, über Kontakte Putzjobs zu suchen. Aber häufig wurde die Arbeit am Ende nicht bezahlt, obwohl es anders vereinbart war. Ich konnte nicht mehr und wurde krank. Schließlich war ich nicht mehr in der Lage, die Miete zu zahlen, und wir sind aus der Wohnung geflogen.

Wie hat sich die Situation in den folgenden Monaten entwickelt?

Irgendwann konnten die Leute wieder rausgehen, aber es blieb schwierig. In den letzten drei Monaten hat sich die Lage

wieder verschlimmert. Ständig rufen Leute an und suchen nach ihren verschwundenen Bekannten. Wenn du das Haus verlässt, ist die Polizei immer da, um dich festzunehmen und dir Fragen zu stellen. Am Sonntag habe ich auf dem Weg in die Kirche festgestellt, dass mein Nachbar verschwunden ist. Er ist seit vier Tagen im Gefängnis. Auch ich wurde viele Male festgenommen, aber dann erzähle ich ihnen, dass die Kinder zu Hause alleine sind, und sie lassen mich gehen. Außerdem versuchen die Behörden die NGOs zu schließen, die uns unterstützen. Tunesien ist kein Land für Asyl. Und auch Europa steckt da sehr tief drin, auch wenn Kais Saïed behauptet, dass er nicht der Hüter der europäischen Grenzen sei. Aber wir lesen jeden Tag in den sozialen Medien, dass Europa hier investiert, um die Menschen aus Subsahara-Afrika aufzuhalten. Es gibt nichts, das uns hier beschützt. Nichts. Ich habe den Eindruck, Schwarz zu sein oder aus Subsahara-Afrika zu kommen, ist bereits ein Vergehen.

Und wie ist die Situation deiner Kinder?

Sie sind zu Hause, sie können nicht zur Schule gehen. Sie haben Nachweise über ihren Asylbewerberstatus von der UNO-Flüchtlingshilfe (UNHCR), aber damit werden sie in den staatlichen Schulen nicht akzeptiert.

Planst du, noch einmal einen Friseursalon in Tunis zu eröffnen?

Seit Februar 2023 sind die Dinge nicht mehr, wie sie mal waren. Ich glaube, heute wäre so ein Laden nicht mehr möglich. Für mich gibt es keine Zukunft in Tunesien. Denn ich werde immer in der gleichen Situation bleiben. Das gleiche gilt für die Kinder, weil sie einen Zugang zu Bildung brauchen.

Könntest du dir vorstellen, das Mittelmeer zu überqueren oder denkst du über eine Rückkehr nach Kamerun nach?

Ich bitte dich, zurückkehren nach Kamerun? Wenn es möglich wäre, würde ich zurückkehren. Aber Ich bin nicht wegen des Abenteuers unterwegs, sondern weil es in meinem eigenen Land keine Sicherheit für meine Familie und mich gibt. Als ich in Marokko war, habe ich bereits mehrfach versucht, das Meer zu überqueren. Aktuell fehlen mir die Mittel dafür, aber wenn sich die Möglichkeit ergibt, möchte ich sie nutzen.

Wer Interesse an Veranstaltungen zur Lage in Tunesien hat, soll sich gerne an info@afrique-europe-interact.net wenden. ◀



Gedenken an verstorbene Migrant:innen in Zarzis (Tunesien), September 2022 [Foto: Samuel Abraham / SAM photography]

»Reisefreiheit wiederhergestellt«

Zur Lage auf den Migrationsrouten in Tunesien und Niger

2014 und 2017 haben sich Mitglieder von Afrique-Europe-Interact an der Gründung des Watch the med Alarm Phone (Mittelmeer) und des Alarme Phone Sahara beteiligt – beides Projekte, die Migrant*innen in Not unterstützen und europäische Migrationspolitik sowohl auf dem Meer als auch in der Wüste kritisch dokumentieren bzw. skandalisieren. Vor diesem Hintergrund hat eine 12-köpfige Delegation von Afrique-Europe-Interact mit Aktivist*innen aus Niger, Mali, Sierra Leone, Deutschland und Österreich im Oktober 2024 am 10-jährigen Jubiläum des Watch The med Alarm Phone in Dakar teilgenommen – mit rund 160 Leuten aus zahlreichen europäischen und afrikanischen Ländern (> Infobox). In diesem Zusammenhang ist auch folgendes Interview mit Rayhan Jliidi, aktiv in der Solidarität mit Migrant*innen im Süden Tunesiens und Azizou Chéhou, tätig als Koordinator des Alarme Phone Sahara, entstanden.

Welche Veränderungen im Migrationsbereich beobachtet ihr in Niger bzw. in Tunesien?

Azizou Chéhou: Im Niger hat die Machtübernahme durch das Militär die Aufhebung des Gesetzes 2015-36 ermöglicht, das migrationsbezogene Tätigkeiten unter Strafe stellte. Wir begreifen das auch als Erfolg unserer zivilgesellschaftlichen Kämpfe. Denn die Aufhebung des Gesetzes durch eine Verordnung im November 2023 bedeutete eine Verbesserung sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für die Migrant*innen. Heute können wir sagen, dass die Reisefreiheit wiederhergestellt ist, auch wenn manches noch korrigiert werden muss. So werden an den Kontrollposten nicht selten irreguläre Zahlungen von den Menschen verlangt, die Richtung Norden reisen.

Und wie reagieren die Maghreb-Staaten auf diese neue Dynamik?

Rayhan Jliidi: Nur wenige Migrant*innen wollen in Tunesien bleiben. Die meisten begeben sich direkt nach Sfax, eine Stadt im Süden, die in Tunesien zur wichtigsten Station für die Reise nach Europa geworden ist. Doch darauf wird mit willkürlichen Abschiebungen an den Grenzen reagiert, auch mit Gewalt, sogar auf dem Meer – unter anderem mit Gasgranaten, Knüppeln, Misshandlungen, dem Rammen oder Umkippen von Booten oder der Konfiszierung von Motoren. Kleine zivilgesellschaftliche Vereine, die seit 2011 das Rückgrat für die Unterstützung von Migrant*innen bildeten, wurden in letzter Zeit vom tunesischen Staat kriminalisiert, sodass viele Aktivist*innen im Gefängnis landeten.

Und was passiert mit festgenommenen Menschen?

Rayhan Jliidi: Sie werden an die Grenze gebracht, einige werden auch inhaftiert, oft unter dem Vorwurf, Schlepperei unterstützt oder begünstigt zu haben. Wichtig ist jedoch, dass Abschiebungen nicht nur Personen betreffen, die beim Versuch abgefangen werden, mit Booten über das Meer zu gelangen, sondern auch solche, die in einem Café sitzen oder morgens auf Arbeitssuche gehen und von der Polizei angehalten werden. Manchmal bringen sie die Menschen direkt in die Wüste, manchmal warten sie, bis alle in Sfax und Tunis festgenommenen eingetroffen sind. Früher wurden sie in ein Haftzentrum in Medenine gebracht, später in ein weiteres in Ben Gardane. Dort müssen sie zwei, drei Tage verbringen, maximal eine Woche, bevor sie in die Wüste abgeschoben werden. Oft nehmen die Sicherheitskräfte den Migrant*innen auch das Telefon weg, damit diese nicht filmen können, oder das Geld, damit sie nicht zurückgehen können. Und einige zwingen sie sogar sich auszuziehen.

Welche Auswirkungen haben solche Abschiebungen auf Niger?

Azizou Chéhou: Durch die regelmäßigen Abschiebungen ist die Einwohner*innenzahl in Assamaka, Arlit, Agadez sowie in der Hauptstadt Niamey enorm angewachsen. Das wirkt sich auch auf die Gesundheitsversorgung sowie die Hygiene- und Sanitärbedingungen aus. Und auch auf das Bildungssystem, denn es gibt viele, die bleiben, sodass ihre Kinder ebenfalls zur Schule gehen. Zudem steigt der Bedarf an Unterkünften und Transportmöglichkeiten. All das macht die Abgeschobenen unweigerlich sehr, sehr verletzlich.

Wie gelangen Abgeschobene überhaupt von Tunesien nach Niger – die Länder haben ja keine gemeinsame Grenze?

Azizou Chéhou: Für Abschiebungen gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder schickt Tunesien sie nach Algerien oder Libyen. In Algerien herrscht ein Ausnahmezustand, was Menschenrechtsverletzungen angeht. Wo auch immer die Migrant*innen sich aufhalten, sie werden gesammelt und in großen Städten wie Oran, Algier oder Tamansasset zusammengepfercht, um sie sodann nach Inguizame zu bringen, dem letzten Ort auf algerischer Seite. An der Grenze selbst werden sie überwiegend zum Point Zéro im Niemandsland zwischen Algerien und Niger transportiert – 15 Kilometer vom ersten Dorf Assamaka entfernt. Wenn sie dann Assamaka erreichen, findet eine Auswahl statt, bei der die Personen nach ihrer Herkunft registriert werden. Die Ausgewählten werden in Aufnahmezentren gebracht, unter anderem von der

IOM, der International Organisation for Migration. Die anderen bleiben fürs Erste in der Warteschleife und sind dabei jedem erdenklichen Wetter wie Hitzewellen, extremer Kälte oder Wüstenwind ausgesetzt. Manchmal werden von Agadez aus auch Charterflüge nach Nigeria, in den Senegal oder nach Burkina Faso organisiert. Das hängt vom Engagement der Behörden in den Herkunftsländern der Migrant*innen ab.

Rayhan Jliidi: Abschiebungen gab es schon vorher, aber sie haben sich nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Italien und Tunesien verstärkt. Sie fangen die Menschen nicht nur auf tunesischem Territorium ab. Sie kommen sogar bis auf italienisches Territorium, um Menschen zurückzuholen.

Wie reagieren humanitäre Organisationen?

Rayhan Jliidi: Wir selbst können vor allem zuhören und beraten. Der einzige Dienst, der derzeit gut funktioniert, ist der psychologische Dienst und der Gesundheitsdienst, beides wird gemeinhin von Ärzt*innen geleistet. Demgegenüber sind dem Roten Halbmond und der IOM die Hände weitgehend gebunden.

Und wie hängen die politischen Entwicklungen im Niger und Tunesien zusammen?

Azizou Chéhou: Nach dem Sturz des alten Regimes unter Präsident Mohamed Bazoum am 27. Juli 2023 und der Aussetzung ethischer Abkommen zwischen dem Niger und der Europäischen Union bzw. einzelnen Ländern wie Frankreich, Deutschland, Italien und den USA war es naheliegend, dass die Europäische Union versuchen würde, einen anderen Ansprechpartner für migrationspolitische Maßnahmen in Afrika zu finden. Was in Tunesien unter Präsident Kais Saïed Migrant*innen angetan wird, ist also die Umsetzung des Willens der Europäischen Union. Es ist offensichtlich, dass Kais Saïed eine Mission hat, eine bestellte Mission.

Welche Initiative fordert Ihr angesichts dieser Situation von uns?

Rayhan Jliidi: Wir fordern alle auf, unsere Botschaft zu verbreiten. Denn wir werden weitermachen, wir werden nicht mehr aufhören mit dem, was wir schon vor Jahren begonnen haben. Ob zwei Wochen oder zwei Jahre, die Menschenrechtsverletzungen werden aufhören. Dessen sind wir uns sicher!

Auf unserer Webseite findet sich u.a. ein Video (15 min) zu abgeschobenen Migrant:innen in Tunesien ◀

Es gibt nichts, das uns hier beschützt. Ich habe den Eindruck, schwarz zu sein oder aus Subsahara-Afrika zu kommen, ist bereits ein Vergehen.

Zehn Jahre Alarm Phone!

Watch the med Alarm Phone (Mittelmeer) und Alarme Phone Sahara (▶ nebenstehendes Interview) sind Schwester-Projekte und personell eng mit unserer Arbeit als Afrique-Europe-Interact verbunden. Wir möchten daher gratulieren und auf die Jubiläumsbrochure des Alarm Phone hinweisen, in deren Vorwort es heißt: "11. Oktober 2024: An diesem Tag besteht das Alarm Phone genau zehn Jahre. 3.650 Tage und Nächte waren wir bis dahin im Dauereinsatz. Während unserer Schichten wurden wir von insgesamt über 8.000 Booten aus allen Regionen des Mittelmeeres, des Atlantiks oder des Ärmelkanals alarmiert. Direkt von den Menschen auf den Booten oder ihren Angehörigen und

Freund*innen. [...] In unseren Schichten erleben wir immer wieder, wie die Stimmen am anderen Ende der Telefonleitung verzweifelt und panisch werden, oder wie sie gar verstummen und der Kontakt abbricht. Gleichzeitig können wir immer wieder Boote unterstützend begleiten und deren Anlandungen in Europa ermöglichen. [...] Inzwischen sind wir mehr als 300 Aktive [...] Wir haben ein transnationales und mehrsprachiges Kollektiv aufgebaut, das sich versprochen hat, an der Seite der Menschen zu stehen, die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit durchzusetzen versuchen."

Weiterlesen (dt./engl./franz.): www.alarmphone.org/de/

»Noch nie erlebt«

Massive Überschwemmungen im Sahel

Zu Recht wurden die Ergebnisse der im November in Baku über die Bühne gegangenen Weltklimakonferenz harsch kritisiert: Obwohl Expert:innen davon ausgehen, dass jährlich 1,3 Billionen Dollar für die Anpassung an den Klimawandel nötig wären, sicherten die wohlhabenden Industrieländer gerade mal 300 Mrd. Euro jährlich zu – eine Summe, die Nigerias Unterhändlerin in Baku als "Witz" und "Beleidigung" kritisierte. Und das umso mehr, als jenes Gezerre um Geld bei Weltklimakonferenzen keineswegs neu ist. Schon 2009 ist der Weltklimagipfel in Kopenhagen unter anderem an solchen Fragen fast gescheitert. Die Ergebnisse sind auch deshalb deprimierend, weil die Klimakrise bereits heute (nicht nur) auf dem afrikanischen Kontinent katastrophale Auswirkungen hat – nicht zuletzt, weil allenthalben die Mittel fehlen, um sich gegen die immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse angemessen zu schützen. So schickte Victor Nzuzi, dessen bürgerliche Kooperative Luzolo lua toma zu Afrique-Europe-Interact gehört, Ende November Bilder von Starkregenereignissen in der DR Kongo, die unter anderem in seiner Region umfassende Zerstörungen angerichtet haben. Auch das ebenfalls zu unserem Netzwerk gehörige Künstler:innenkollektiv Faso Kele meldete sich kürzlich mit einer Hiobsbotschaft: Anders als üblich regnete es in ihrem Dorf Kurukan Fuwa im eigentlich regenreichen Waldgebiet Guineas Anfang November gar nicht, sodass die aktuelle Ernte Gefahr lief zu vertrocknen. Doch es geht nicht nur um Einzelbeispiele.

In 14 zentral- und westafrikanischen Ländern ist es seit September zu großflächigen Überschwemmungen mit mehr als vier Millionen Betroffenen gekommen, ohne dass die Weltöffentlichkeit hiervon ernsthaft Notiz genommen hätte. In diesem Sinne berichten Mactar Nalosso (Agadez) auf Seite 1 aus Niger und Diory Traoré (Bamako) im Folgenden aus Mali über die Ereignisse im Sahel.

Diory Traoré zu den Überschwemmungen in Mali

Im Zuge starker Regenfälle ist es in diesem Jahr in nahezu allen Regionen Malis zu Überschwemmungen gekommen. Dabei sind auch zahlreiche Felder überflutet worden, und das mit beträchtlichen Ernteschäden. Betroffen waren unter anderem Maisfelder. Einige Landwirt:innen sind in Pirogen gestiegen, um über die Felder zu fahren und zu retten, was zu retten war.

Doch nicht nur die Ernte wurde durch die Wassermassen zerstört, auch Vieh und Herden wurden mitgerissen. Zudem sind über 75 Menschen durch die Überschwemmungen ertrunken, und das ist nur der Stand von Oktober 2024.

Die Regionen rund um die drei großen Staudämme in Mali haben die größten Schäden erlitten. Konkret ging es um die Staudämme in Markala, Region Ségou, in Manantali, Region Kayes, und in Sélingué, Region Koulikoro. Die Flussbecken sind an allen drei Orten vollgelaufen, weshalb die Staudämme geöffnet werden mussten, um zu verhindern, dass noch größerer Schaden angerichtet wird. Eine solche dramatische Situation haben wir noch nie erlebt. All die Menschen, die in der Nähe der Staudämme lebten, waren gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen. Ganze Dörfer wurden evakuiert. Gerade die Fischer:innen und ihre Familien, die ihre Häuser größtenteils in der Nähe des Flussbettes bauen, mussten fliehen und Teile ihres Besitzes zurücklassen. Besonders extrem waren die Überschwemmungen im Norden Malis, auch, weil die Häuser dort größtenteils aus Lehm bestehen und daher schnell kollabierten. Zahlreiche Menschen sind so von heute auf morgen obdachlos geworden. Schulen, aber auch andere öffentliche Gebäude, mussten als Notunterkünfte herangezogen werden. Und entsprechend galt es, den Schulbeginn, der zum 1. Oktober angesetzt war, um einen Monat zu verschieben.

Mittlerweile versucht die Regierung, die obdachlos gewordenen Menschen umzuquartieren und ihre Häuser wieder aufzubauen, wobei die Zerstörung vieler Häuser nicht von ungefähr kommt, auch dort, wo nicht mit Lehm gebaut wird. Das gilt insbesondere für Bamako, wo lokale Bürgermeister:innen in den letzten Jahren im Zuge der Verstärkung Grundstücke vergeben haben, auf denen eigentlich nicht hätte gebaut werden dürfen. Da es zudem häufig wenig geregnet hat, haben die Leute sogar ausgetrocknete Flussbetten als Grundstücke für ihre Häuser genutzt. In der Konsequenz waren sie von den Wassermassen, die sich aufgrund des Hochwassers schnell ausgebreitet haben, besonders betroffen. Das ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb der Starkregen, der natürlich mit dem Klimawandel zu tun hat, dieses Jahr so große Schäden hinterlassen hat. ◀

Zahlreiche Menschen sind von heute auf morgen obdachlos geworden. Schulen und andere öffentliche Gebäude mussten als Notunterkünfte herangezogen werden.



Starkregen (s.o.) lässt Häuser in Bamako immer wieder kollabieren, 2024 [Foto: Olaf Bernau]



Mitglieder von Musow Lafia bei zentraler Veranstaltung zum 8. Mai im Kulturpalast in Bamako, insgesamt ca. 3000 Frauen, 2024 [Foto: Olaf Bernau]

Aflatoxin als Exportbremse

Wie ein Frauenkollektiv für gesunde Lebensmittel kämpft

Immer wieder haben wir in den letzten Jahren über das zu Afrique-Europe-Interact gehörige Frauenkollektiv Musow Lafia berichtet, insbesondere über dessen Pläne, Erdnussmus nach Deutschland zu exportieren. Doch diese Pläne wurden jäh gestoppt, nachdem sich herausgestellt hat, dass viele der im Sahel erhältlichen Erdnüsse Spurenelemente des von einem Schimmelpilz abstammenden Giftes Aflatoxin enthalten und daher weder roh noch verarbeitet in die EU exportiert werden dürfen. Aus europäischer Sicht mag das irrelevant erscheinen. Denn Erdnüsse werden auch anderswo angebaut, wobei sich die Aflatoxin-Problematik überall auf der Welt stellt, auch bei ökologischer Produktion. Gleichzeitig entwickelt sich Aflatoxin im Sahel zunehmend zu einem Politikum, denn Erdnüsse sind ein Grundnahrungsmittel. Wir haben daher mit der Koordinatorin von Musow Lafia, Aissata Soumaoro, und der Pflanzenwissenschaftlerin Tembine Alimatou gesprochen, die beide in der malischen Hauptstadt Bamako leben. Unsere Frage lautete, wie Aflatoxin bekämpft und der Export von Erdnussmus aus Mali doch noch ermöglicht werden kann. Vor allem aber ging es um die heimischen Märkte, das heißt um die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass alle Menschen im Sahel Zugang zu gesunden Lebensmitteln erhalten.

Seit mehr als einem Jahr blockieren Spurenelemente eines natürlichen Pflanzengiftes euren Verkauf von Erdnussmus nach Europa. Worum geht es genau?

Aissata Soumaoro: Wir verarbeiten seit 2018 lokale Produkte wie Fonio-Getreide oder Erdnüsse. Da wir mit unseren Produkten in Mali kaum Gewinne erwirtschaften können, beschlossen wir nach einer erfolgreich verlaufenen Testphase, im größeren Stil Erdnussmus nach Deutschland zu exportieren. Doch dann erfuhren wir, dass das Forschungsinstitut, an dem Tembine arbeitet, in vielen in Mali angebauten Erdnusskulturen Aflatoxin nachgewiesen hat. Gleichzeitig hörten wir von Aflasafe, einem natürlichen Produkt, das in den Boden eingebracht und den Aflatoxingehalt in Erdnüssen drastisch reduzieren kann. Wir haben daher Kontakt zu einem Frauenkollektiv in Siby aufgenommen, einem 55 km von Bamako entfernten Dorf, das Erdnüsse anbaut und seine Bereitschaft erklärt hat, seinen Boden mit Aflasafe zu bearbeiten.

Tembine, du bist Pflanzenwissenschaftlerin, seit wann beschäftigt sich dein Institut mit der Aflatoxin-Problematik?

Tembine Alimatou: Wir haben 2020 mit unseren Forschungen begonnen, da Mais und Erdnüsse aus Mali nicht für den Export zugelassen waren. Durch unsere Analysen und die schrittweise Verbreitung von Afla-

safe konnten wir den Aflatoxingehalt in verschiedenen Lebensmitteln drastisch senken. Damals wurde selbst der relativ hohe, nur für afrikanische Märkte gültige Wert von 40 µg überschritten – konkret ist mit 1 µg ein Millionstel Gramm pro Kilo gemeint. Doch mittlerweile können wir mit unseren Produkten immer niedrigere Grenzwerte einhalten, etwa die 20 µg für die USA, 10 µg für das Welternährungsprogramm oder 4 µg für die EU.

Was sind die gesundheitlichen Auswirkungen?

Tembine Alimatou: Es gibt Studien, die besagen, dass 30 Prozent der Leberkrebsfälle in Afrika auf Aflatoxin zurückzuführen sind. Und Aflatoxin verursacht auch andere Krankheiten: Wunden, die nicht heilen oder Allergien. Kontaminiertes Tierfutter kann außerdem die Eierproduktion verringern und zu erhöhter Kükensterblichkeit führen. Und auch gelangt Aflatoxin durch den Verzehr von Milch oder Fleisch in den menschlichen Organismus.

Das klingt dramatisch. Wie hat die Politik in Mali auf eure Forschungen reagiert?

Tembine Alimatou: Anfangs war das Problem wenig bekannt, aber vieles hat sich geändert. Mittlerweile ist für den malischen Markt ein Grenzwert von 20 µg erlassen worden – als Orientierung dienen unsere Messungen.

Das ist beeindruckend. Ist sich denn die Bevölkerung des Problems bewusst?

Aissata Soumaoro: Ich hatte das Glück, von Aflatoxin zu hören, aber 90 Prozent der Malier:innen wissen nichts davon. Erdnüsse sind ein Grundnahrungsmittel, sie werden in Soßen verarbeitet, im Alltag geknabbert und als Erdnussöl zum Kochen verwendet. Wir Produzent:innen und Verarbeiter:innen müssen also die Leute informieren, zusammen mit den Wissenschaftler:innen. Wir müssen in die Dörfer gehen, auf die großen und kleinen Märkte, auch von Tür zu Tür, um über die gravierenden Gesundheitsrisiken zu informieren. Auch Ärzt:innen sollten einbezogen werden.

Die Mühlen, mit denen die Erdnüsse gemahlen werden, sollen ebenfalls ein Problem darstellen. Warum?

Aissata Soumaoro: Selbst wenn wir gute Nüsse mit gesundheitlich unbedenklichem Aflatoxingehalt gekauft haben, müssen wir die Erdnüsse in den Mühlen auf den Märkten mahlen. Das aber führt über Restbestände von Aflatoxin aus anderen Produkten zur Kontamination unserer Erdnüsse. Um also gesundes Erdnussmus pro-

duzieren und exportieren zu können, brauchen wir unbedingt eine eigene Mühle, ohne jeden Rest von Aflatoxin.

Wie sensibilisiert ihr als Wissenschaftler:innen die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten?

Tembine Alimatou: Wir haben in den vier Regionen Sikasso, Kayes, Koulikoro und Ségou begonnen. Am Anfang, als wir den Landwirt:innen erklärt haben, dass Aflatoxin für schwere Krankheiten verantwortlich ist, waren sie zunächst skeptisch, einfach, weil sie vor allem die zusätzlichen Kosten sahen, sollten sie tatsächlich Aflasafe anwenden. Wir gaben ihnen dann Aflasafe kostenlos für zwei Jahre, damit sie selbst sehen können, wie sich das Gift reduziert und sie dadurch sogar bessere Einkommen erzielen können. In jeder der vier Regionen haben 100 Landwirt:innen teilgenommen, auch für Schulungen bezüglich Trocknung und Konservierung. Insgesamt ist der Aflatoxin-Gehalt bei allen Teilnehmer:innen deutlich gesunken, bei 80 Prozent sogar bis auf 2 µg.

Das heißt, ihr seid optimistisch, dass Musow Lafia sein Projekt wieder aufnehmen kann, Erdnussmus nach Europa zu exportieren?

Tembine Alimatou: Wenn wir im Dezember neue Messungen machen, primär bei Produzent:innen aus unserem Programm, kann Musow Lafia selbstverständlich all jene Erdnüsse für den Export verwenden, die die EU-Grenzwerte einhalten. **Aissata Soumaoro:** Ja, das wäre super! Ich möchte daher noch einmal extra betonen, dass Tembine auch unsere Freundinnen aus dem Frauenkollektiv in Siby ausgebildet hat, mehr als 70 Frauen.

Was ist euer aktuelles Zwischenfazit, auch bezüglich Musow Lafia?

Tembine Alimatou: Ich möchte mich bedanken, dass sich Aissata und euer Netzwerk um Lösungen für die Aflatoxin-Problematik bemühen. Denn letztlich ist es ein Problem, das überall auf der Welt existiert, nicht nur bei uns.

Aissata Soumaoro: Wir brauchen wirklich Unterstützung, um die Produkte, die in Afrika hergestellt werden, in Europa verkaufen zu können. Wenn es in Mali ein Bewusstsein dafür gibt, Bio-Produkte von guter Qualität herzustellen, und wenn diese Produkte frei zirkulieren und ein gutes Einkommen schaffen können, dann kann sich die afrikanische Jugend endlich frei entfalten – als Gegenstück zur Bewegungsfreiheit von Migrant:innen, die wir ebenfalls fordern. ◀



Frauenkollektive spielen in den Kämpfen für Demokratie in Togo seit jeher eine tragende Rolle. Das Bild stammt von einer Demonstration des Oppositionsbündnisses "Sauvons le Togo" (Lasst uns Togo retten) im Jahr 2012 [Foto: Daniel Hayduk / AFP]

»Die Menschen wollen Freiheit«

Der Westen hat zu antiwestlichen Stimmungen zentral beigetragen

Seit 1967 wird Togo von einer einzigen Familie regiert: 38 Jahre von dem Militärdiktator Gnassingbé Eyadéma, seit 2005 von seinem Sohn Faure Gnassingbé. Vor diesem Hintergrund unterstützt Afrique-Europe-Interact schon lange die Aktivitäten von Togo Debout, dem wohl bekanntesten Oppositionsbündnis in Togo. In Kooperation mit Togo Debout haben wir 2022 eine 4-seitige Zeitung erstellt – veröffentlicht unter anderem als taz-Beilage –, in der wir von der jüngsten großen Protestwelle 2017/2018 in Togo berichtet haben, und davon, dass seitdem zahlreiche Menschen unter willkürlichen Vorwürfen im Gefängnis sitzen. Auf Einladung unseres Netzwerks ist nunmehr im Oktober 2024 David Dosseh in Deutschland gewesen – Arzt und Sprecher von Togo Debout. Neben Treffen mit der togoischen Exil-Opposition gehörten zu seinem Programm Veranstaltungen und Gespräche mit verschiedenen politischen Akteuren. In diesem Zusammenhang ist auch folgendes Interview entstanden, in dem David Dosseh berichtet, wie sich Präsident Faure Gnassingbé mit Wahlfälschungen, Verfassungstricksereien und geopolitischen Winkelzügen an der Macht hält und es dennoch schafft, mit Ländern wie Deutschland zusammenzuarbeiten – trotz deutlicher Kritik, die die Bundesregierung durchaus übt.

2024 verabschiedete das togoische Parlament eine neue Verfassung, die trotz massiver Proteste im Mai in Kraft trat. Der deutsche Botschafter in Togo soll die Verfassungsänderung als intransparent, nicht inklusiv und illegal bezeichnet haben. Was meinte er damit? Die neue Verfassung wurde am Abend des 25. März in einer buchstäblichen Nacht- und-Nebel-Aktion mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung im Parlament verabschiedet. Nach togoischem Recht war das illegal, denn eine neue Verfassung kann nur per Referendum beschlossen werden. Das Verfahren war außerdem intransparent, da der Text der neuen Verfassung zum Zeitpunkt der Abstimmung weder den Abgeordneten noch der Bevölkerung bekannt war. Im Nachhinein fanden sogenannte „Konsultationen“ der Bevölkerung statt, an denen aber ausschließlich handverlesene Gruppen teilnahmen. Dies geschah, um die neue Verfassung zu legitimieren. Doch Fakt bleibt: Die Bevölkerung war weder in den Prozess eingebunden, noch konnte sie darüber abstimmen.

Was bezweckt das Regime mit der neuen Verfassung? Die neue Verfassung erlaubt es Faure Gnassingbé, seine Macht dauerhaft zu festigen. Denn als „Präsident des Ministerrats“ – ein eigens für ihn geschaffenes Amt – kann er unbegrenzt an der Macht bleiben, vo-

rausgesetzt er wird durch das Parlament gewählt, was allerdings garantiert ist. Demgegenüber kommt dem von ihm bislang bekleideten Präsidentenamt nur noch eine repräsentative Rolle zu.

Aber warum jetzt, wie ist es zu dieser Verfassungsänderung gekommen?

Das hat mit der 1976 gegründeten Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS zu tun, deren Rolle äußerst zwiespältig ist. Einerseits hat sie in der Vergangenheit undemokratische Regime wie in Togo gestützt. Vielen gilt sie daher als „Gewerkschaft“ der Präsidenten, die in erster Linie die Interessen korrupter Eliten verfolgt. Andererseits will die ECOWAS kommendes Jahr anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens grundlegende Reformen verabschieden, unter anderem die Amtszeiten der Präsidenten auf zwei Mandate begrenzen. Die neue Verfassung soll also die ECOWAS-Reform ins Leere laufen lassen. Denn Togo hat verstanden, dass es schwierig sein dürfte, sich wie in der Vergangenheit gegen eine Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten auszusprechen. Dann lieber das Präsidentenamt abwerten und ein neues Amt schaffen, so die Devise des Regimes.

Die ECOWAS wird nicht nur von großen Teilen der Bevölkerung infrage gestellt, sie ist auch geschwächt, seitdem Mali, Burkina Faso und Niger die Gemeinschaft verlassen und die „Allianz der Sahelstaaten“, kurz AES, gegründet haben. Welche Rolle spielt dieses neue Staatenbündnis?

Im Konflikt zwischen der AES und ECOWAS hat sich Togos Präsident immer wieder als Vermittler ins Spiel gebracht. Meiner Meinung nach ist das eine Strategie, um die durch den Austritt der Sahelländer ohnehin geschwächte ECOWAS weiter zu schwächen. Denn Diktatoren wie Faure Gnassingbé wollen keine starke ECOWAS, die demokratische Positionen durchsetzen könnte. Seine Rolle als Vermittler zwischen den beiden Blöcken gibt ihm also ein Druckmittel bei den Verhandlungen über die anstehenden Reformen an die Hand.

Bezüglich der AES heißt es oft, dass sich immer mehr Menschen vom Westen ab- und Russland zuwenden. Ist das tatsächlich zutreffend?

Die Lage ist widersprüchlich. Zunächst ist Multipolarität, von der so viel die Rede ist, eine Chance für afrikanische Länder,

ihre Partner im Interesse der eigenen Bevölkerung frei zu wählen. In einem nicht-demokratischen Kontext besteht jedoch die Gefahr, dass sich die Machthaber denjenigen annähern, die ihnen helfen, an der Macht zu bleiben. Aber zu glauben, dass alle Afrikaner:innen prussisch sind, ist ein Fehler. Zu denken, dass alle Afrikaner:innen gegen den Westen sind, ist ebenfalls ein Fehler. Die Menschen in Afrika wollen Freiheit. Sie wollen Selbstbestimmung. Nur hat der Westen diese Versprechen in der Vergangenheit nicht eingehalten. Vielmehr ist die westliche Unterstützung von Diktaturen eine historische Realität. Als in Togo 2005 Eyadéma Gnassingbé nach 38-jähriger Herrschaft starb, wurde sein Sohn irregulär an die Macht gehievt. Bei den anschließenden Wahlen gab es extreme Gewalt mit rund 1.000 Toten. Es

gab auch massive Wahlfälschungen. Fernsbilder von Militärs, die Urnen entwendeten, gingen um die Welt. Dennoch wurde Faure Gnassingbé mit über 60 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt. Und Länder wie Frankreich gratulierten. Es braucht also eine echte, eine transparente Unterstützung der Demokratie. Ich bin mir sicher: Wenn der Westen die Grundsätze der Demokratie in unseren Ländern wirklich unterstützt hätte, würden wir heute weder über die AES noch von einer antiwestlichen Stimmung sprechen.

Was braucht es jetzt für einen demokratischen Wandel in Togo?

Die Togoer:innen sind heute sehr entmutigt. Sie glauben nicht mehr an viel, auch nicht an Wahlen. Das bestätigen die jüngsten Parlamentswahlen, bei denen Wahlbeobachter:innen der katholischen Kirche und ausländische Journalist:innen nicht zugelassen waren. Denn Wahlen dienen derzeit einzig der Legitimierung der Macht, das spiegelt sich auch darin wider, dass die Präsidentenpartei UNIR 108 der 113 Parlamentssitze gewonnen hat, das sind 96 Prozent. Es gilt also, die Bevölkerung und vor allem die völlig desillusionierte Jugend wieder zu mobilisieren. Zudem müssen wir gegenüber Ländern wie Deutschland Aufklärungsarbeit leisten, damit sie sich endlich für eine Stärkung echter demokratischer Kräfte in Togo einsetzen. Nur so können wir gemeinsam den Weg zu einer Welt ebene, die eine offene und demokratische Welt ist, eine Welt, in der grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte geachtet werden. ◀

Völlig desillusionierte Jugend wieder mobilisieren

THEATER-TIPP

Riadh Ben Ammar ist derzeit mit zwei Theaterstücken auf Tour: In seinem neuesten Stück „Bei den Linken“ blickt er zurück auf 20 Jahre politischen Aktivismus in Deutschland. Alles beginnt mit einem Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern, in dem er erste Erfahrungen mit der linken Szene macht. Wer sind die und warum unterstützen die uns? Und was macht das mit uns? Das Stück erzählt eine Geschichte über gemeinsame politische Kämpfe, Empowerment und Missverständnisse. Sein zweites Stück „Die Falle“ ist eine Geschichte über die abgeschotteten EU-Außengrenzen und ihre Folgen. Mit „Die Falle“ möchte Riadh dem rassistischen Diskurs rechter Akteure über Kriminalität von Migrant:innen mit Aufklärungsarbeit zu den Effekten alltäglich erlebter Perspektivlosigkeit begegnen. Beide Stücke sind Teil des Projekts „Theater für Bewegungsfreiheit“, in dessen Rahmen Riadh bereits seit 2012 mit unterschiedlichen Stücken durch Europa tourt.

Er freut sich über Einladungen und Anfragen per Mail an: theaterfuerebewegungsfreiheit@gmail.com

200 HEKTAR

Im März 2024 haben wir eine 4-seitige taz-Beilage zur Unterstützung der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON in Mali veröffentlicht, die ebenfalls zu unserem Netzwerk gehört. Konkret geht es um den Anschluss von 200 Hektar Land an das Bewässerungssystem des Office du Niger im Zentrum des Landes – das ist eine Fläche, die ungefähr 280 Fußballfeldern entspricht. Dass die COPON hierfür einen Pachtvertrag bekommen hat, ist ein großer Erfolg! Doch den Anschluss an das Bewässerungssystem kann sie nicht selbst finanzieren, denn dieser kostet rund 1 Mio. Euro. Auch für uns ist das auf einen Schlag nicht machbar, deshalb haben wir dazu aufgerufen, dass ca. 4.000 Menschen schrittweise je 250 Euro spenden mögen. Von der Gesamtsumme sind wir noch weit entfernt, aber wir planen fest damit, dass im März 2025 der erste Bauabschnitt beginnen kann, der ca. 152.000 Euro kosten wird. Dafür sind weitere Spenden sehr willkommen!

Mehr Infos zu den 200 Hektar finden sich auf unserer Webseite.

BROSCHÜREN-TIPP

Zum dritten Mal hat im Juni 2024 das Netzwerk Fokus Sahel (zu dem auch Afrique-Europe-Interact gehört) eine Konferenz zur aktuellen Lage im Sahel ausgerichtet – diesmal unter dem Titel «Sahel im Umbruch - Kooperationen der Zukunft». 27 von 35 Referent:innen stammten aus den vier Sahelländern Burkina Faso, Mali, Niger und Tschad.

Die 76-seitige Dokumentation kann auf www.fokussahel.de/ in Deutsch oder Französisch heruntergeladen bzw. kostenlos als gedrucktes Exemplar bestellt werden (gerne auch in größerer Zahl).

IMPRESSUM

Redaktion: Olaf Bernau, Hans-Georg Eberl, Dorette Führer, Moritz von Galen, Leonie Jantzer, Anne Kühne, Moctar Nalosso, Lars Springfeld, Diory Traoré

Beilage: taz

Bestellung: Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

V.I.S.D.P.: Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist:innen unter anderem in Mali, DR Kongo, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant:innen und Abgeschobene.

AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

www.afrique-europe-interact.net

twitter: @ae_interact

Facebook: Afrique Europe Interact

Mail: info@afrique-europe-interact.net

Telefon: +49 (0) 151 / 525 27 776

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugeordnet werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Spendengelder: **Erstens** für das Alarmphone Sahara (Niger, Mali und Togo) und andere Aktivitäten im Bereich Migration (u.a. in Tunesien); **zweitens** für unsere Aktivitäten im Bereich bäuerlicher Selbstorganisation in Mali und der DR Kongo; **drittens** für die Unterstützung des sozialen Zentrums von Afrique-Europe-Interact in Bamako; **viertens** für das Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in Rabat (Marokko) und eine Zufluchtswohnung in Tunis (Tunesien); **fünftens** für das ökologische Künstler:innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung (u.a. ein Frauenprojekt zur Verarbeitung von Lebensmitteln in Bamako); **siebtens** für unsere Aktivitäten gegen die Langzeitdiktaturen in Togo und Kamerun; und **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa. Ein Hinweis noch: Die meiste Arbeit bei Afrique-Europe-Interact erfolgt ehrenamtlich. Lediglich in Marokko, Mali und Niger bezahlen wir an 15 bis 20 Personen kleine Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder Tagespauschalen.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name: Globale Gerechtigkeit e.V.

Bank: GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00 BIC GENODEM1GLS